



Der Wunsch, nicht rassistisch zu sein – Selbstbilder in Bildungskontexten

Inhalt

Inhalt	2
Einleitung	3
Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der Gegenwart	4
Identitätsordnungen in gesellschaftlichen Selbstbildern	6
Geschichtsbeziehungen in der Auseinandersetzung mit Rassismus	9
Über diese Broschüre	16

Einleitung

Erst in den letzten Jahren ist in der deutschsprachigen Erziehungswissenschaft eine breitere Aufmerksamkeit für die Analyse und Kritik des Rassismus als Problem der gegenwärtigen Gesellschaft und ihrer Bildungsinstitutionen entstanden. Bereits 1986 sprachen Annita Kalpaka und Nora Räthzel von der „Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“¹ und stießen eine Debatte darüber an, wie auch diejenigen Rassismus reproduzieren, die beanspruchen, ihn zu bekämpfen. Doch es hat lange gedauert, bis eine breitere bildungswissenschaftliche Diskussion dazu entstanden ist. In den Selbstbildern hiesiger Bildungsinstitutionen ist die Vorstellung verankert, frei von Diskriminierung zu sein, während zugleich spürbar ist, dass strukturelle Barrieren und ausgrenzende Praktiken und Haltungen an Schulen und Universitäten vorzufinden sind. Die Nichtthematisierung von Rassismus stabilisiert die Macht rassistischer Praktiken. Der Begriff wird abgewehrt durch eine Verschiebung in die Vergangenheit und durch eine Auslagerung an gesellschaftliche Ränder, die als extremistisch gekennzeichnet werden, damit die „Mitte“ sich ihnen gegenüber als unproble-

matisch repräsentieren kann. Der Vortrag diskutiert Praktiken der Abwehr und Relativierung von Rassismus vor dem Hintergrund einer spezifischen gesellschaftlichen Konstellation in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus. Der nach 1945 kontinuierlich praktizierte Versuch, die Geschichte der NS-Verbrechen abzuschließen und für vollständig überwunden zu betrachten, hat in der deutschen politischen Kultur ein Selbstbild eigener Fortschrittlichkeit erzeugt. Dadurch fällt es bis heute schwer, Diskriminierung und Rassismus in den demokratischen Institutionen als reales Problem offen zu legen.

¹ Annita Kalpaka/Nora Räthzel: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Berlin 1986.

Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der Gegenwart

Solange der Nationalsozialismus als ganz und gar entfernt und abgeschlossen aufgefasst wird, bleiben die Nachwirkungen ideologischer Muster in der Gegenwart ausgeblendet, so als gäbe es keine Nachgeschichte und keinerlei Weiterwirken von Überzeugungen. Distanzierung lässt Geschichte erstarren und macht sie handhabbar für die Pflege eines unproblematischen gesellschaftlichen Selbstbildes. Diese Distanznahmen betrachte ich weniger als individuelles Problem, sondern sie sind bedingt in den Selbstbildern einer Demokratie, die sich auch als Antwort auf die Verbrechen-Geschichte versteht und sich als das ganz Andere im Gegensatz dazu repräsentiert. Zu den Nachwirkungen des Nationalsozialismus gehört neben dem nationalkulturellen und auf Erbschaft gründenden Selbstbild, dass Rassismus als analytische Kategorie zur Untersuchung gesellschaftlicher Segregationsprozesse in der Gegenwart abgewehrt wird, weil man in Deutschland nichts so sehr fürchtet wie die Diagnose, rassistisch zu sein. Diese emotional verankerte Abwehr und Nichtthematisierung betrachte ich als Folge des bereits erwähnten Unschuldsbedürfnisses. Der distanzierende Umgang mit dem Nationalsozialismus begünstigt das

Schweigen über gegenwärtigen (Alltags-)rassismus. Dieser wird mit dem historisch aufgeladenen Rassismusbegriff als Problem von Diktaturen in die Vergangenheit verlagert oder als Problem des Rechtsextremismus betrachtet, wodurch über Andere gesprochen werden kann und nicht über sich selbst.²

Der Rassismusbegriff wird in Deutschland immer wieder auf die nationalsozialistische Judenverfolgung fixiert und erscheint als vergangenes Problem. Zugleich begünstigt dies die Nichtbefassung mit den ideologischen Elementen des Antisemitismus, wenn dieser unter dem nationalsozialistischen Staatsrassismus subsumiert wird. Die Vorstellung, man hätte nach der Demokratisierung die rassistischen und antisemitischen Weltbilder überwunden, steht einer Auseinandersetzung mit alltäglichen Rassismusphänomenen und aktuellen Formen von Antisemitismus im Wege und behindert eine Aufarbeitung der zeitgeschichtlichen Bedeutung von kolonialem Rassismus einerseits und der

² Vgl. Astrid Messerschmidt (2010): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus, in: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.), Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld, S. 41-57.

völkischen Gesellschaftsbilder in der nationalsozialistischen Ideologie andererseits.³ Für letztere war der Antisemitismus ein tragendes volkspädagogisches Instrument. Die rassistische Strukturierung des Antisemitismus im NS diente der Vermittlung des Vernichtungsprogramms. Neben das Feindbild trat die Vorstellung einer abstammungsbezogenen Reinheit. Die extreme Gewaltgeschichte, die mit der Umsetzung dieses Programms verbunden gewesen ist, erzeugt bis heute Abwehrreaktionen. Die Grausamkeit soll auf Abstand gehalten werden, um das Bild von sich selbst nicht zu beschädigen.



³ Vgl. Astrid Messerschmidt (2009): Rassismusanalyse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft, in: Claus Melter/Paul Mecheril (Hg.), Rassismuskritik. Bd. 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Ts., S. 59–74.

Identitätsordnungen in gesellschaftlichen Selbstbildern

Insbesondere im bundesdeutschen Kontext sowie in Österreich ist die Vorstellung von innerer gesellschaftlicher Homogenität nicht überwunden und lässt Migration immer wieder als Sonderfall erscheinen, die eine imaginäre gemeinschaftliche Übereinstimmung stört und deshalb in Grenzen gehalten werden muss. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich erst vor wenigen Jahren politisch dazu bekannt, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Erst 2001 wurde das Staatsbürgerschaftsrecht reformiert und von der Ordnung des Blutes gelöst, um in Deutschland geborenen Kindern von Eingewanderten zu ermöglichen, Deutsche zu werden. Erst 2014 ist es möglich geworden, die Staatsbürgerschaft zu erwerben, ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen.⁴ In dieser Verspätung spiegelt sich eine Schwierigkeit im Umgang mit innerer Pluralität.

Dies lässt sich auf die in der politischen Kultur des Landes stark verankerte Vorstellung einer nationalen Homogenität zurückführen. Das Selbstbild eines ethnisch und kulturell homogenen ‚Wir‘ ist bis heute im kollektiven Gedächtnis in Deutschland stark verankert. Dieses Wir-Bild stellt eine nationale Gemeinschaft her und wehrt neue Zugehörigkeiten ab. Deutsche können dabei weder Schwarze, noch Sinti, noch Muslim*innen, noch Juden oder Jüdinnen sein, ohne gefragt zu werden, woher sie ‚eigentlich‘ kommen.

Die Langlebigkeit dieses Selbstbildes geht sowohl auf den Nationalismus des 19. Jahrhunderts zurück als auch auf die nationalsozialistische Politik der ‚Volksgemeinschaft‘, die eine rassistische Ordnung abstammungsbezogener nationaler Zugehörigkeit verankert hat. Dass dies möglich war und auf breite Zustimmung gestoßen ist, weist darauf hin, dass der NS an ein bereits verankertes rassistisches Selbstbild anknüpfen konnte, das durch den Antisemitismus gestärkt und vertieft worden ist. Auf vielen Ebenen des politischen Diskurses und des Alltagslebens wirkt sich die Vorstellung einer auf Verwandtschaft gründenden nationalen Identität bis heute

⁴ Seit dem 20. Dezember 2014 sind die lus-soli-Deutschen von der Optionspflicht befreit, wenn sie in Deutschland aufgewachsen sind. Auch die lus-soli-Deutschen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit nur die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates oder der Schweiz besitzen, müssen sich nicht für eine Staatsangehörigkeit entscheiden (Neuregelung durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes BGBl. I S. 1714).

gesellschaftlich aus, weshalb ich von einer „postnationalsozialistischen Gesellschaft“ spreche.

Da Rassismus eine ausgesprochen „flexible Ressource“⁵ darstellt, die immer wieder modernisiert und an die jeweiligen Bedürfnisse nach Abgrenzung und Abwertung angepasst wird, können auch jenseits phänotypisierter Muster, die Zugehörigkeit an körperlichen Merkmalen festmachen, rassistische Praktiken zur Anwendung kommen. Neben Kultur ist in der Pädagogik die Sprache zu einem Aufhänger für abwertendes Sprechen über Migrant*innen geworden. Dabei erscheint das Beherrschen der deutschen Sprache als ausschließliches Kriterium für eine akzeptierte Existenz in Schule und Gesellschaft. Ein „(Neo-)Linguizismus“⁶ wird angewendet (Dirim 2010), der bestimmte Sprachen ablehnt, benachteiligt und sogar verbietet, um eine deutsche Einsprachigkeit

durchzusetzen. Die Verkehrssprache wird zur Norm für Zugehörigkeit, während viele mehrsprachig Sozialisierte die Erfahrung machen, trotz perfektem Deutsch als „Andere“ adressiert zu werden, wenn der Name nicht deutsch erscheint oder der Akzent oder das Aussehen eine andere Verwandtschaft verraten. Pädagogisch Handelnde benötigen ein Bewusstsein für die Funktionen derartiger sprachlich-kultureller Besetzungen des gesellschaftlichen Innenraums. Es handelt sich hier nicht um Ansprüche an Integration und nicht einmal um eine Assimilationsforderung, sondern um eine national-identitäre Praxis, die Mehrsprachigkeit und jede andere Form innergesellschaftlicher Pluralität systematisch ausschließt und die Wirklichkeit von Migrationsgesellschaften verfehlt.

Soll Alltagsrassismus betrachtet werden, anstatt Rassismus mit Rechtsextremismus zu identifizieren und ihn somit als Ausnahmeerscheinung zu repräsentieren, dann müssen diejenigen in den Blick rücken, die den Alltag maßgeblich bestimmen, und das sind Erwachsene. Zwar wird immer wieder von pädagogischer Seite darauf hingewiesen, dass Rechtsextremismus kein

⁵ Karin Scherschel (2006): Rassismus als flexible symbolische Ressource. Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren, Bielefeld.

⁶ Inci Dirim (2010): „Wenn man mit Akzent spricht, denken die Leute, dass man auch mit Akzent denkt oder so.“ Zur Frage des (Neo-)Linguizismus in den Diskursen über die Sprache(n) der Migrationsgesellschaft. In: Paul Mecheril et al. (Hg.): Spannungsverhältnisse. Assimilationsdiskurse und interkulturell-pädagogische Forschung, Münster, S. 91-114.

Jugendproblem sei, doch richten sich die Maßnahmen zumeist an Jugendliche. Das pädagogische Selbstbild einer adäquaten Wertevermittlung an Heranwachsende wird implizit bestätigt, wenn Erwachsenenbildung in diesem Feld vernachlässigt wird. Die Pädagogik selbst erscheint dabei als Repräsentantin einer demokratisch gefestigten und deshalb unproblematischen Gesellschaft, die ihre Jugend auf den richtigen Weg führen kann. Wenn aber „Rassismus bildet“, wie ein Buchtitel von Anne Broden und Paul Mecheril lautet,⁷ und

wenn Bildung selbst Rassismus reproduziert, dann können diejenigen, die das Bildungssystem bereits durchlaufen haben, nicht per se die adäquaten Vermittler*innen gegen Rechtsextremismus sein. Sie benötigen zunächst selbst einen Raum der Reflexion, um etwas zu verlernen oder umzulernen und angelebte Prinzipien zumindest in Frage stellen zu können. Normalisierte Ungleichwertigkeiten und damit verbundene Ausgrenzungen fallen weniger auf als spektakuläre Gewalttaten, aber sie sind nicht weniger folgenreich.⁸



⁷ Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.) (2010): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld.

⁸ Andreas Zick/Anna Klein (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn.

Geschichtsbeziehungen in der Auseinandersetzung mit Rassismus

Bis heute fällt es besonders schwer zu realisieren, dass es Rassismus in der bundesdeutschen Gesellschaft heute alltäglich gibt, wenn auch nicht als programmatischen Staatsrassismus, sondern in Form normalisierter institutioneller Routinen, die gesellschaftliche Zugehörigkeiten nach Abstammungskriterien, Aussehen, Sprache und kultureller Zuschreibung ordnen. Der distanzierende Umgang mit dem NS blockiert oftmals eine Reflexion des gegenwärtigen Rassismus in der Demokratie. Umgekehrt verzerrt eine Gleichsetzung gegenwärtiger alltagsrassistischer Praktiken mit dem NS-Rassismus die zeitgeschichtliche Analyse und Kritik der Politik der Volksgemeinschaft.

Sowohl Rassismus wie Antisemitismus funktionieren produzieren Gegenbilder und Feindbilder. Zentral ist für beide eine kulturell/national/abstammungslogisch fundierte Abgrenzung gegen eine nicht zum gesellschaftlichen Wir gehörende und dadurch erst als Gruppe konstituierte Gruppe. Die Kategorien, an denen die Abgrenzungslinien zwischen einem erwünschten Wir und einem imaginierten kollektiven Anderen festgemacht werden, dienen dabei stets der Problematisierung dieses Anderen



und schließen die Selbstreflexion systematisch aus. Der Alltagsrassismus funktioniert vorwiegend in Form der Abwertung einer fremd gemachten und dadurch erst als Gruppe konstruierten Gruppe. Der alltägliche Antisemitismus greift auf die lange Geschichte eines Feindbildes zurück, das auf Projektion beruht, als auf einer ausgedachten Figur des Juden, die nichts mit realen Jüdinnen und Juden zu tun hat. Neben der Funktion des Fremdmachens, die auch dem Rassismus eigen ist, kommt hier die Angst vor einer unheimlichen Überlegenheit ins Spiel.

Gleichsetzungen von Rassismus und Antisemitismus verkennen die unterschiedlichen systematischen Besetzungen der Gegenbilder und die historischen Grundstrukturen. Der Antisemitismus hat eine lange Vorgeschichte des religiös besetzten Antijudaismus, bevor

er zu einem „nationalen Antisemitismus“⁹ mit antimodernen Vorzeichen wurde und im 20. Jahrhundert als rassifizierter, völkischer Antisemitismus eingesetzt und übernommen worden ist. Die Geschichte des Rassismus geht auf die kolonialen Eroberungen zurück und ist verankert in den europäischen Gegenbildern von den eroberten Bevölkerungen. Zu seiner historischen Grundstruktur gehört die defizitäre Positionierung der nicht-europäischen und nicht-weißen Anderen.¹⁰ In der Gegenwart nimmt der migrationsfeindliche Rassismus einige Elemente des Antisemitismus auf, wenn Migration als bedrohliches Massenphänomen dargestellt und insbesondere muslimischen Migrant*innen eine Unterwanderung der national-kulturellen Ordnung unterstellt wird.

Bei dem Versuch, Rassismus nicht mehr als skandalöse Ausnahmeerscheinung zu betrachten, sondern als Struktur im gegenwärtigen Alltag, kommt es häufig zu Abwehrreaktionen, die selbst zum Gegenstand der Reflexion zu machen

sind. Das Muster der Zurückweisung angeblich ungerechtfertigter Bezeichnungen hat dabei auch eine spezifisch deutsche oder besser eine spezifisch postnationalsozialistische Komponente, wenn es auftritt mit dem Hinweis, man werde andauernd für etwas beschuldigt, das man gar nicht begangen habe.

Erfahrungen in der generativen Beziehung zum Nationalsozialismus klingen darin an. Die Genealogie einer Täter-nachfolge wird angesetzt zur Imagination eigenen Opferseins. Das Thema Schuld wird aufgerufen, ohne konkret beschuldigt worden zu sein für Verbrechen, die zwei Generationen vorher begangen worden sind. Dabei wird die Beschädigung nationaler Identität angeprangert und die Sehnsucht nach einem unbeschädigten nationalen Selbstbild legitimiert.

Ein immanentes, selbstreflexives Verständnis von Kritik kennzeichnet eine anspruchsvolle rassismuskritische Pädagogik. Im Alltag wird unter Kritik meistens eine nach außen gerichtete Problematisierung von Verhaltensweisen und Ausdrucksformen verstanden. Dabei changiert der Kritikbegriff zwischen Negation und Immanenz. Im Modus der Negationen werden Analysen

⁹ Klaus Holz (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg.

¹⁰ Wulf D. Hund (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse, Münster.

von Missständen durchgeführt und herrschaftsförmige Praktiken benannt, um sie zu bekämpfen. Immanente Kritik fordert demgegenüber die Kritiker*innen selbst heraus, sich damit auseinander zu setzen, dass auch ihre eigenen Theorien und Praxen verstrickt sind in die Dynamiken, die sie kritisieren. In diesem Sinne ist das Konzept einer rassismuskritischen Bildung als selbstkritischer Anspruch zu verstehen. Verknüpft wird darin das Engagement gegen den unthematisierten und zugleich normalisierten Alltagsrassismus mit der Selbstreflexion derer, die sich gegen denselben engagieren. Dabei wird der Rassismusbegriff als ein analytischer Begriff für die Untersuchung abstammungs- und herkunftsthematisierender Ungleichwertigkeitsvorstellungen verstanden. Es handelt sich hier nicht um ein individuelles Vorurteil, sondern um eine Denkweise und Praxis, die systematisch Zugehörigkeitsordnungen strukturiert und die Art und Weise steuert, wie Nichtzugehörigkeiten in der Migrationsgesellschaft wahrgenommen und angeordnet werden.

Solange pädagogische Institutionen unproblematische Selbstbilder pflegen, wird eine rassismuskritische Professio-

nalisation in Bildungskontexten ausgebremst. Sie stößt auf eine verweigernde Auseinandersetzung mit dem vorhandenen Alltagsrassismus in den Bildungsinstitutionen selbst. Nichts fürchten Pädagog*innen mehr, als dass ihnen Diskriminierungen, geschweige denn Rassismus bescheinigt werden. Schon der Begriff der Diskriminierung wird zurückgewiesen, und Rassismus steht als ein Schreckenswort da, auratisch und nicht verwandt mit einem selbst. Die Auseinandersetzung wird durch zwei Strategien zurückgewiesen, die ich als postnationalsozialistische Praktiken kennzeichnen möchte: die Verlagerung in eine abgeschlossene Vergangenheit und die Wahrnehmung von Rassismus als etwas Randständigem, das von extremistischen Kreisen praktiziert wird.

Diese starke Abwehr und Nichtthematizierung betrachte ich als Folge des „Wunsch(es), unschuldig zu sein“,¹¹ den Christian Schneider in der zweiten Generation nach 1945 diagnostiziert und der offensichtlich weiter vermittelt wor-

¹¹ Christian Schneider (2010): Besichtigung eines ideologisierten Affekts: Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik, in: Ulrike Ju-reit/Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart, S. 105-212, hier: S.122.

den ist. Dieser Wunsch wird übertragen auf aktuelle Thematisierungen von Alltagsrassismus in der deutschen Migrationsgesellschaft. Bis heute fällt es schwer, Rassismus als hegemoniale Praxis gerade in Bildungsinstitutionen anzuerkennen. Spontane Abwehr und Empörung über die als Zumutung empfundene Unterstellung, in der eigenen Schule oder Hochschule gäbe es das, stellen sich bei Lehrkräften ein.¹²

In der Bildungsarbeit kommt es deshalb darauf an, eine Unterscheidung zwischen Staats- bzw. Verfolgungsrassismus und dem gegenwärtigen Alltagsrassismus in der Demokratie vorzunehmen, um überhaupt darüber sprechen zu können. Die ideologischen Grundmuster, die es möglich gemacht haben, Rassismus zum Grundprinzip eines Staatswesens zu machen, sind mit dem Verschwinden dieses Staatswesens nicht auch verschwunden. Sie wirken in den nationalen Zugehörigkeitsvorstellungen nach, oft bleiben sie verdeckt und immer wieder treten sie an die Oberfläche.

Der distanzierende Umgang mit dem Nationalsozialismus, der alles damit Verbundene stets auf Abstand hält, begünstigt das Schweigen über Rassismus. Rassismuskritik betont dagegen die allgemeine und deshalb auch die Kritiker*innen betreffende Einbindung in den gesellschaftlich verankerten Alltagsrassismus.¹³ Die von Paul Mecheril angedeuteten „Wege aus dem Rassismus“¹⁴ werden in rassismuskritischer Perspektive zu Wegen im Rassismus, Bewegungen von Kritik innerhalb rassistischer Hegemonien. Der rassismuskritische Bildungsansatz betont das eigene Involviertsein in rassistische Denkmuster und Praktiken. Das Problem des alltäglichen und normalisierten Rassismus geht alle an. Dass es sich um ein allgemeines Problem handelt, kommt langsam auch zumindest in Teilen einer kritischen Öffentlichkeit an.

¹² Vgl. Thomas Quehl (2009): Rassismuskritik auf dem Weg in die Schule, in: Wiebke Scharathow/Rudolf Leiprecht (Hg.): Rassismuskritik Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit, Schwalbach/Ts., S. 226-243.

¹³ Vgl. Paul Mecheril (2007): Die Normalität des Rassismus. In: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, 13. Jg., Heft 2/2007, S. 3-9.

¹⁴ Paul Mecheril (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim, S. 176ff.

Die Notwendigkeit, institutionellen Alltagsrassismus zu benennen und zu problematisieren, hat sich insbesondere im Zusammenhang der verspäteten Aufdeckung und der nach wie vor lückenhaften Aufklärung der NSU-Mordserie gezeigt.¹⁵ Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hat seine Opfer nach rassistischen Kriterien ausgewählt und ermordet. Die Ermordeten entstammen der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft, sie waren Kleingewerbetreibende, Geschäftsleute und eben Bürger, wenn auch nicht mit deutscher Staatsbürgerschaft. Da sie aber als „Türken“ und „Griechen“ und damit als „Fremde“ betrachtet worden sind, war es auch für die Akteur*innen des NSU naheliegend, sich dieser fremd machenden Kategorisierungen zu bedienen. Die Stephen-Lawrence-Kommission¹⁶, die den rassis-

tischen Mord an dem afrobritischen Teenager Stephen Lawrence und die rassistisch belasteten polizeilichen Ermittlungen in Großbritannien untersucht, definierte institutionellen Rassismus „als kollektives Versagen einer Behörde bzw. Institution“ bei der Bereitstellung adäquater und professioneller Dienstleistungen aufgrund der Einordnung von Hautfarbe, kultureller oder ethnischer Herkunft.¹⁷

AKTUELLE EREIGNISSE EINORDNEN



¹⁵ Die Mitglieder des Netzwerkes ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (NSU) haben in den Jahren 2000 bis 2006 aus rassistischen Motiven Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat ermordet. In der Kölner Keuppstraße verübten sie ein Nagelbomben-Attentat, in Nürnberg und Köln überlebten bei zwei weiteren NSU-Sprengstoffanschlägen zwei Migrant*innen nur knapp. In Baden-Württemberg wurde 2007 die Polizistin Michèle Kiesewetter vom NSU ermordet. Erst im November 2011 enttarnte sich der NSU selbst, von einer Aufdeckung durch polizeiliche Ermittlungen kann keine Rede sein.

¹⁶ Am 24. Februar 1999 veröffentlichte die Kommission ihre Schlussfolgerungen in einem 335 Seiten starken Dokument, dem sogenannten Macpherson Bericht. Sie stellte fest, dass die polizeilichen Ermittlungen im Fall Lawrence durch eine Kombination aus „fachlicher Inkompetenz, institutionellem Rassismus und Versagen polizeilicher Führungskräfte“ behindert wurden.

¹⁷ Vgl. den Aufruf: „Gegen institutionellen Rassismus! Pädagog*innen für eine vollständige Aufklärung des NSU-Komplexes“, initiiert vom Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik in Baden Württemberg www-rassismuskritik-bw.de

Institutioneller Rassismus wurde im Fall der NSU-Ermittlungen in vielfältiger Weise sichtbar. Landes- und Bundespolizei, Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutzbehörden sowie Innenministerien haben so gut wie ausschließlich im Umfeld der neun Opferfamilien mit Migrationsgeschichte recherchiert und andere Spuren in Richtung von Täter*innen ohne Migrationsgeschichte systematisch und in unzulässiger Weise ausgeblendet. Weil die rassistischen Motive der Täter*innen von Beginn der Mordserie an ausgeschlossen wurden, sind Spuren nicht verfolgt worden und weitere Morde konnten verübt werden.

Über diese Broschüre

Projektkoordination

Daniela Bröhl

Sachgebietsleiterin Integration, Migration und Flucht

Daniela.Bröhl@diakonie-duesseldorf.de

Tel. 0211 91 31 88 01

www.diakonie-duesseldorf.de

www.bilderimkopf.eu

Aynur Tönjes

Sachgebiet Integration, Migration und Flucht

info@bilderimkopf.eu

www.bilderimkopf.eu

Heike Kasch

Integrationsagentur

Heike.Kasch@diakonie-duesseldorf.de

Tel. 0211 91 31 88 03

Textgestalterin

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt ist Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin. Sie hat 2002 in Pädagogik promoviert und 2009 habilitiert. U.A. hatte sie Lehraufträge und Gastprofessuren in Flensburg, Innsbruck und Wien, und war Professorin für interkulturelle Pädagogik/Lebenslange Bildung an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe und Gastprofessorin an der TU Darmstadt. Seit 2016 ist sie Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Geschlecht und Diversität an der Bergischen Universität Wuppertal. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind: Bildung in der Migrationsgesellschaft, Rassismus und Antisemitismus in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus, kritische Bildungstheorie, pädagogische Geschlechterforschung.

Illustration

Ka Schmitz ist Dipl. Kommunikationsdesignerin, Künstlerin, Kunstvermittlerin und arbeitet als Illustratorin.



Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



EUROPÄISCHE UNION

Dieses Projekt wird aus Mitteln
des Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds kofinanziert